

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen  
für die Vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Peter Hah,  
8. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis  
für ganz Deutschland  
1 Mk. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen deutschen  
Postanstalten auf den 1ten  
u. 2ten Monat und auf den  
3ten Monat besonders an-  
genommen; im Kgr. Sachsen  
u. Herzgth. Sach.-Altenburg  
auch auf den 1ten Monat des  
Quartals à 64 Pf.

Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-  
Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 68.

Freitag, 18. Juni.

1875.

## Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Quartal, und for-  
dern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich  
dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt 1 Mark 60 Pf. (16 Gr.) pro Quartal,  
54 Pf. (5 1/2 Gr.) pro Monat für ganz Deutschland.

Alle deutschen Postanstalten nehmen Abonnements entgegen.

Tenjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband  
beziehen, wird dasselbe bei dreimaliger Zusendung in folgender  
Weise berechnet:

für Deutschland 3 Mark 50 Pf. (1 Thlr. 5 Ngr.);

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien und  
Italien 4 Mark (5 Frs.);

für Frankreich, die Niederlande, Portugal, Großbritannien,  
Rumänien und die Türkei 5 Mark (6 1/4 Frs.);

für Spanien und für Amerika 6 Mark.

Der Abonnements-Vertrag ist bei Bestellung einzusenden.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis  
(mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. (18 Ngr.) pro Quartal  
und 60 Pf. (6 Ngr.) pro Monat festgesetzt. Man abonniert  
bei der Expedition dieses Blattes, Zeigerstraße 44, und bei  
Colporteur Müller.

Für die Umgegend von Leipzig bei den  
Filial-Expeditionen: Volkmarzdorf, Reudnitz, Neuschöne-  
feld, u. c. bei Frau Engel, Reudnitz, Feldstr. 14, Hof 1 Tr.,  
für Connewitz u. c. bei Teubert, Vornaischestr. Nr. 19, für  
Kleinschöcher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst,

für Thonberg und Reudnitz bei Schau, für Plagwitz  
und Lindenau bei Schuster, Merseburgerstraße Nr. 26,  
für Gohlis u. c. bei D. Peukert, Hauptstraße Nr. 19, für  
Stötteritz bei Fr. Vogenitz, Hauptstraße Nr. 38.

Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 75 Pf.  
(7 1/2 Sgr.) frei in's Haus abonniert, bei Trautmann,  
Mantelstraße 25, vorn 3 Tr.; Rudenow, Brunnenstraße  
Nr. 34 im Laden; J. Schmann, Schwedenstr. 1, 2 Tr.

Den „Volksstaat“-Colporteurs und Filial-Expeditionen  
zur Nachricht, daß mit Ablauf dieses Monats die Abonnements-  
gelder für das laufende Quartal beglichen sein müssen, und  
werden die Restanten hierdurch zur schleunigen Erfüllung ihrer  
Pflicht aufgefordert. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerk-  
sam, das Abonnement für das dritte Quartal 1875 rechtzeitig  
erneuern zu wollen.

Nur bei Erfüllung dieser Bedingungen erfolgt weitere Zu-  
sendung des Blattes.

Alle Expeditionen der mit uns in Tausch stehenden Zei-  
tungen u. c. werden ersucht, uns durch die Post auch für das  
neue Quartal ihr Blatt zukommen zu lassen.

Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

An die Abonnenten in Sachsen.

Bei Fortsetzung der Annahme des Abonnements für Juli Sei-  
tens einer Postexpedition, wollen sich die Betreffenden auf das Circular  
vom 16. März 1872 Nr. IV 2463 A berufen, wonach Monatsabonne-  
ments auf den „Volksstaat“ im Königreich Sachsen und Herzogthum  
Sachsen-Altenburg zulässig sind.

Die Expedition des „Volksstaat“.

## Nationalökonomie.

VII.

Der Preis.

(Schluß.)

Fassen wir das an dem vorstehenden Beispiele Gezeigte noch-  
mals zusammen.

In dem Gemeinwesen, der Familie, kommt kein Tausch vor;  
er beginnt erst da, wo diese Gemeinwesen enden, wo sie selbst oder  
einzelne ihrer Glieder mit fremden Gemeinwesen oder Gliedern  
fremder Gemeinwesen in Berührung kommen. Das Bedürfnis  
nach Gebrauchsgegenständen, welche nur durch Tausch erlangt  
werden können, legt sich immer mehr fest; die beständige Wieder-  
holung des Tausches macht denselben zu einem gesellschaftlichen  
Vorgang, der nur ermöglicht wird, wenn ein Theil der Arbeits-  
producte abichtlich zum Zwecke des Austauschs producirt wird.

Sobald nun der Tausch in dieser Weise häufiger stattfindet,  
werden verschiedene Waaren von verschiedenen Waarenbesitzern  
ausgetauscht und innerhalb ihres Verkehrs mit einander oder auch  
mit einer und derselben dritten Waare verglichen. Indem diese  
dritte Waare als die Verkörperung des Werths aller anderen, in  
jenem Verkehr zum Umtausch gelangenden Waaren erscheint; indem  
in dieser Waare alle anderen Waaren ihren Werth ausdrücken, wird  
sie allgemeine, gesellschaftliche Geldwaare.

Jede Waare kann Geldwaare werden, aber nur wenige Waaren  
sind brauchbare Geldwaare.

Sehen wir das Beispiel von dem Schneider an, so erscheint  
der Rock als Geldwaare; wie wenig brauchbar diese Form jedoch  
ist, leuchtet sofort ein. Für den Rock erhält man 100 Pfund

Brod; da man aber den Rock nicht in kleinere Theile zerlegen  
kann, ohne seinen Gebrauchswert vollständig zu zerstören, ist es  
unmöglich, mit der Geldwaare Rock kleinere Einkäufe zu machen.  
Besser taugt, wie oben ersichtlich, schon die Leinwand als Geld-  
waare; sobald dieselbe jedoch in kleine Stücke zerschnitten wird,  
verlieren diese Stücke mehr und mehr an Gebrauchswert, weil  
sie nicht wieder zu einem Ganzen vereinigt werden können. Die  
Waare wird also die beste Geldwaare sein, welche in jeder Quan-  
tität gleichen Gebrauchswert hat und sich sowohl leicht in kleine  
Theile zerlegen, als auch, wenn es wünschenswerth erscheint, wieder  
in ein Ganzes zusammenbringen läßt. Diese Eigenschaft haben  
besonders die Metalle, und so sind denn auch die Metalle Gold,  
Silber, Kupfer, Nickel zu der allgemein anerkannten Geldwaare  
geworden.

Das ist aber nicht mit einem Schlage geschehen, die Gesell-  
schaft hat im Gegentheil, ebenso wie wir an unseren Beispielen,  
herumgeprobt, bis sie auf die passende Geldwaare gekommen ist.

Die Nomadenvölker, deren Hab und Gut in Vieh besteht,  
machen, sobald sie mit anderen Völkern in Berührung kommen,  
unwillkürlich das Vieh zur Geldwaare. So erzählt uns der alte  
Homer, daß die Rüstung des Diomedes 100 Oshen werth ge-  
wesen sei; Drakon, der bekannte griechische Gesetzgeber, setzte die  
Strafen in Vieh fest; wir sehen daraus, daß damals Vieh die  
Waare war, an welcher der Werth der andern Waaren gemessen wurde.

Jägervölker benutzen die Häute des erlegten Wildes als Geldwaare;  
in einigen Bezirken der englischen Hudsonbai-Compagnie gelten  
noch heute die Biberfelle als Geld, als Maßstab des Werthes der  
andern Waaren. Drei Marderfelle sind gleich 1 Biber, ein weißer  
Fuchs gilt 2 Biber, ein schwarzer Fuchs oder Bär gilt 4 Biber,  
eine Stinte 15 Biber.

In Sparta galt Eisen, im alten Rom Kupfer als die  
Waare, an welcher die Geldform kleben geblieben war; heute hat  
sich fast durchweg Gold und Silber als die eigentliche Geldwaare  
eingebürgert.

Das in der Geldwaare ausgedrückte Maß des Werthes einer  
andern Waare nennen wir den Preis dieser Waare.

Preis und Werth sind also verschiedene Begriffe. Der Preis  
einer Waare kann gleich groß sein mit dem Werthe, das heißt,  
die in der Geldwaare, sage in einem Loth Silber enthaltenen,  
allgemein menschliche, gesellschaftlich nothwendige Arbeit, gemessen  
nach Zeit, kann genau so groß sein als die Arbeit, welche in der  
Waare steckt, deren Preis durch ein Loth Silber, also 1 Thaler,  
ausgedrückt wird. In den meisten Fällen bedent sich jedoch Werth  
und Preis nicht. Verschiedene Ursachen, z. B. Nachfrage und An-  
gebot, bringen Preischwankungen hervor, welche bewirken, daß der  
Preis das eine Mal größer, das andere Mal kleiner ist als der Werth.

Halten wir vorläufig fest, daß der Preis etwas Anderes als  
der Werth ist. Der Werth ist die in der Waare enthaltene, all-  
gemein menschliche, gesellschaftlich nothwendige Arbeit, gemessen  
nach Zeit; der Preis ist nur das in einer andern Waare, der  
Geldwaare, ausgedrückte Werthmaß, nicht der Werth selbst.

Ein Beispiel wird diesen einfaches, gerade deshalb aber schwer  
zu verstehenden Unterschied klar machen.

Wir haben einen Plaz, der 50 Schritte lang ist. Der Plaz  
hat eine gewisse Ausdehnung, gleichgültig ob wir ihn ausmessen  
oder nicht. Durch das Ausmessen stellen wir nur fest, in welchem  
Verhältnis die Länge des Plazes zur Länge unserer Schritte steht.  
Kommt ein anderer und mißt die Länge mit der Ruthe, dem Fuß,  
der Elle, dem Meter, so erscheint die Länge des Plazes ausgedrückt  
in 10 Ruthen, 120 Fuß u. s. w. Die Länge des Plazes bleibt  
sich immer gleich, der Maßstab wechselt von Schritt auf Ruthe,  
Fuß oder Elle; der Ausdruck des Maßes verändert sich der Zahl  
wie dem Maßstab nach; der Ausdruck des Maßes ist also nicht  
identisch mit der Länge.

Wir messen die Wärme der Luft an der Ausdehnung der  
Quecksilbersäule im Thermometer. Es ist heute 10 Grad, morgen  
12 Grad warm. Die Ausdehnung der Quecksilbersäule ist der  
Maßstab, an dem wir die Wärme messen; es wird hier aber  
Niemandem einfallen, zu behaupten, die Ausdehnung der Queck-  
silbersäule sei die Wärme.

Ganz ebenso verhält es sich mit den Begriffen Werth und  
Preis.

Gold und Silber sind also die Geldwaare nur deshalb, weil  
durch Gebrauch und Gewohnheit der Werth aller andern Waaren  
in dieser Waare verkörpert erscheint. Zu wirklichem Gelde werden  
diese Metalle aber erst durch einen neuen, gesellschaftlichen Vor-  
gang. Die verschiedenen Mengen des Metalls messen sich unter  
einander, indem sie sich auf ein bestimmtes, feststehendes Quantum,  
auf eine Maßeinheit beziehen, die im Gewicht gegeben ist. Ur-  
sprünglich wird daher das Geld gewogen, seine Menge nach dem  
Gewicht bestimmt. Später wird es gemünzt, es wird durch einen  
Stempel die Gewichtsmenge des in dem Stück enthaltenen Metalls  
bescheinigt. Allmählig erhalten die einzelnen Stücke besondere  
Namen, Thaler, Gulden, Mark — und zuletzt verschwindet unter  
dem Namen der Begriff; wir rechnen heute im Verkehr nach  
Preisen in Thalern, Gulden, Mark, ohne dabei daran zu denken,  
ja vielsach ohne einmal zu wissen, daß diese Münznamen nichts  
weiter sind, als Bezeichnungen für bestimmte Mengen von Gold  
oder Silber.

Das geprägte Geld verliert in diesem Verkehr vollständig das  
Wesen der Waare; es wird eine über der Waare thronende Macht,  
ohne welche der Verkehr selber unmöglich erscheint. Es beherrscht  
den Tausch und die Waare. Denn an der Waare klebt, ehe sie  
verkauft wird, schon von ihrer Entstehung an, der imaginäre  
Geldwerth, der noch nicht erzielt, sondern nur gewünschte Preis,

wie in den Schaufenstern die Zettel mit den Preisen an den aus-  
gehängten Kleidungsstücken. Ob die Waare überhaupt verkauft  
wird oder nicht, sie existirt im Verkehr nur als ein Ding, welches  
nur einen Geldwerth darstellt, aber nicht eher wirklich Geldwerth  
wird, als bis die Verwandlung in Geld durch den Tausch stattgefun-  
den hat. Diese Waare kostet 10 Thaler, jene 10 Silbergroschen  
— so stellt sich der Preis in der Vorstellung jedes Käufers oder  
Verkäufers dar als ein Quantum Geld.

Die edlen Metalle sind nun aber selber Waare; sie können  
ihren Werth nur wieder an anderen Waaren messen. Ihr eigener  
Werth besteht in der, zu ihrer Production nothwendigen all-  
gemein menschlichen Arbeit und drückt sich dieser Werth in jeder  
andern Waare aus, in welcher ebenso viel Arbeitszeit enthalten  
ist. Man lese die einzelnen Posten eines Preiscurantes rückwärts  
und man findet die Werthgröße des Geldes in allen möglichen  
Waaren ausgedrückt. In den californischen Golddistrikten, in  
denen Gold in größerer Menge gewonnen wird, ohne daß der  
Fiskus den natürlichen Verlauf des Verkehrs durch sein Monopol  
verhindert, verkauft der Goldgräber sein Gold nach dem Gewicht  
gegen Waare, und der Preis des Goldes fällt und steigt, wie der  
jeder andern Waare.

Aber nicht nur der Preis, sondern auch der Werth des Goldes  
kann steigen und fallen. Sobald zur Gewinnung einer bestimmten  
Menge Gold weniger allgemein menschliche Arbeit aufgewendet zu  
werden braucht als früher, fällt der Werth; das ist nach der Ent-  
deckung und Ausraubung Amerika's durch die Spanier in gewaltigem  
Maße, nach der Aufschließung der californischen und australischen Gold-  
felder in deutlich sichtbarer Weise geschehen. Wenn nun aber der Gold-  
werth fällt, so sinkt natürlich auch der Werth des Geldes, obgleich  
sich der eingebilbete Werth der einzelnen Stücke, z. B. der Fried-  
richsd'or, noch eine Zeit lang halten kann weil eben der Begriff  
der Geldwaare für die Mehrzahl der Menschen nicht mehr existirt  
und ihnen der Friedrichsd'or immer gleich viel zu sein scheint,  
gleichgültig, ob der darin enthaltene Werth, in Silber gemessen,  
höheren oder geringeren Preis erzielt.

Doch wir haben es hier nicht mit den besonderen Eigentüm-  
lichkeiten des Geldes zu thun; wir hatten nur zu zeigen, wie die  
Geldwaare entsteht, und daß der Preis einer Waare das in der  
Geldwaare ausgedrückte Maß des Werthes dieser Waare, mit  
andern Worten, daß der Preis der Waare nur der Geldname des  
in ihr vergegenständlichten Quantum gesellschaftlicher Arbeit ist.

## Ueber die gewerkschaftliche, politische und locale Agitation.\*)

K—z. Früher in Frankreich und jetzt in Deutschland hat mehr  
als in anderen Ländern die sozialistische Bewegung einen politi-  
schen Charakter angenommen. Der Gedanke, daß nur durch Staats-  
einrichtungen und Staatsgesetze, selbstverständlich des freien sozialen  
Staates, eine gerechte Vertheilung des Arbeitslohnes, ja auch nur  
eine erhebliche Hilfe für die Arbeitermassen zu schaffen ist, hat in  
diesen Ländern die weiteste Verbreitung gefunden. Bevor der  
Sozialismus zur politischen Macht gekommen ist, kann eine gründ-  
liche Besserung der Arbeitsverhältnisse nicht erreicht werden. Von  
dieser Macht ist der Sozialismus der Zeit nach vielleicht nicht  
mehr weit entfernt, bisher aber war seine thatsächliche Macht doch  
so gering, daß er in keinem Stück Einfluß auf die politische und  
damit auf die soziale Gestaltung des Staates hatte. Den Mangel  
praktischer Erfolge dem Sozialismus zum Vorwurf zu machen, ist  
also widersinnig.

Wenn man demohngeachtet in Arbeiterkreisen der Klage be-  
gegnet, daß die heutigen Zustände fast unerträglich seien, dieselben  
Kreise aber sich dem Sozialismus fernhalten, da er ja doch nichts  
bilde, und zum Beweis dieser Ansicht auf resultatlos Vertheilungen  
sozialistischer und nichtsozialistischer Gewerkschaften hinweisen, welche  
trotz mancher gelungenen Strikes die Arbeiterlage auf die Dauer  
nicht verbessert haben, so zeigt das, wie noch vielfach Unklarheit  
herrscht über das, was auf den verschiedenen Bahnen der sozia-  
listischen Bewegung erreicht werden soll und allein erreicht wer-  
den kann.

I. Die Gewerkschaften als Vereinigungen der Arbeitnehmer  
eines Gewerbes vermögen wohl den einzelnen Arbeiter gegen  
Willkür seines Brodherrn zu schützen, allein den verbündeten  
Capitalisten, resp. Fabrikanten gegenüber sind sie ohnmächtig. Da-  
bei bleibt es sich gleich, ob der Fabrikantendünkel nur die günstige  
Situation festzuhalten strebt, die ihm vom Ertrag der Arbeit den  
Risikantheil sichert, oder ob er es unternimmt, den bisher abge-  
gebenen Antheil des Arbeitstrages noch zu kürzen. In Verthei-  
digung und Angriff ist die Fabrikantenvereinigung der Arbeiter-  
vereinigung unendlich überlegen, so lange der Streik durch Geld  
und Hunger entschrieben wird. Es klingt freilich großartig, wenn  
die englischen Gewerksvereine so und so viel hunderttausend Pfund  
Sterling (à 20 Mark) im Vermögen haben, allein mit all ihrem  
Gelde fügen sie sich mit einigen Schwankungen, und müssen sie sich  
den Preisen fügen, welche die Fabrikanten den Arbeitern gewähren  
wollen; denn je mehr des Geldes in der Lade, um so mehr der  
Ragen sind es, die bei einem Strike Nahrung heißen; und wenn  
auch die Casse nicht auf einmal leer wird, weil Strikes nicht alle  
Gewerbe gleichzeitig umfassen, so wird sie doch bei jedem Strike  
nothwendig geschwächt. Nach einem siegreichen Strike der Maurer

\*) Wir halten es für nöthig zu erklären, daß wir den Ausführungen  
des gezeigten Verfassers nicht in allen Punkten beitreten; der Artikel wird  
unzweifelhaft eine Polemik hervorrufen, welche nur Nützen wirken kann.  
Auch wir werden natürlich Gelegenheit nehmen, unsere Ansichten auszu-  
sprechen. R. d. B.



verlangen auch die Zimmerer gleiche Aufbesserung, dann die Schneider, dann die Weber, dann die Schuster und andere Gewerke, und so geht in Zeit von ein und zwei Jahren, wie wir's erlebt haben, der Strike durch alle Gewerke. Man kann auch durch freiwillige oder vereinbarte Unterstützung der Gewerke unter einander bei günstiger Zeitlage der Sieg errungen werden, so sind inzwischen die Bedarfsmittel theurer geworden, so daß kaum noch ein Erfolg des Strikes zu verspüren ist. Hat aber durch eine Produktion, welche den faktischen Verbrauch übersteigt, der Fabrikant einigen Waarenvorrath, so werden schleunigst die mühsam errungenen Arbeitslöhne herabgesetzt. Dann hungern entweder die Arbeiter bei der mageren Gewerks-Unterstützung, während die Fabrikanten und Händler ihren Waarenvorrath zu theueren Preisen umsetzen, oder die Arbeiter unterwerfen sich von vorn herein den Arbeitsbedingungen, in jedem Falle bleibt die Fabrikantenvereinigung der Herr, höchstens daß sie sich auf einen Vergleich einläßt, wenn sie von vornherein die sich auf einen Schacherjude unmögliche Bedingungen stellte, um später nachlassen zu können.

Nur ein Mittel zum erfolgreichen Kampfe haben die Gewerke, die Gründung von Associationen, wie z. B. der allgemeine deutsche Schützengewerksverein (s. „Volkswacht“ Nr. 59, 60, 61); leider aber sind die meisten Arbeiter außer Stande, es ihnen nachzumachen. Sehen wir doch aus jenem Bericht, wie nur günstige Umstände nach schweren Entbehrungen trotz kameradschaftlicher Hilfe die Existenz der Genossenschaft ermöglichen.

In den meisten Fällen werden die Gewerkschaften sich mit kleineren Aufgaben begnügen müssen. Sie werden durch statistische Feststellung der Arbeitsverhältnisse die Arbeiter über ihre eigene Lage aufklären; durch Arbeitsnachweisungs-Bureaus werden sie dem Einzelnen behülflich sein, ohne unnütze Zeit- und Geldverlust Arbeit zu finden und zwar die Arbeit, welche sich noch am meisten lohnt; durch diese Arbeitsnachweisungs-Bureaus und durch Gründung von Gewerkschaften befreien sie die Arbeiter wenigstens theilweise aus der Gewalt ihrer Brodherren; sie sind endlich ein Rechtsschutzverein, welcher die unzureichenden Gesetze zum Schutze des Lebens, der Gesundheit, des Lohnes und menschlicher Behandlung des Arbeiters wenigstens nach Möglichkeit auszunutzen versteht. Je mehr Arbeiter des Gewerkes die Gewerkschaft umfaßt, um so besser wird sie den Einzelnen gegen Tyrannei und Vergewaltigung des einzelnen Arbeitgebers schützen, und ist zu diesem Zwecke eine Vereinigung der einzelnen Gewerkschaften unter einander, wie sie die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine haben, ganz unnütz, jede Gewerkschaft muß ihre Angelegenheiten frei und aus eigener Kraft ordnen. Gegen die Vergewaltigung der Arbeiter durch die ganze Capitalistenklasse aber, wie sie sich durch lange Arbeit und langen Lohn documentirt, nützt weder Gewerkschaft, noch Gewerksverein, am wenigsten natürlich jene Sorte von Gewerksvereinen, welche die Lüge von der Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer colportirt.

Auf die Ohnmacht auch der bestorganisirten und bestgeleiteten Gewerkschaft in Bezug auf erhebliche und dauernde Arbeitsverlängerung und Lohnherabsetzung sollte selbst bei der Agitation für die Gewerkschaften der Arbeiter stets hingewiesen werden, damit nicht durch getäuschte Erwartung nach übertriebenen Hoffnungen der Arbeiter müßlos werde und der politischen Organisation der sozialistischen Partei verloren gehe.

II. Die politische Agitation ist die Hauptsache. Die Arbeiter könnten durch ihre Menge die Macht im Staate haben, während sie ökonomisch gerade durch ihre Menge (durch die Menge der Wagen und die Knappheit des Geldbetrags) machtlos sind. Durch einmüthiges energisches Vorgehen erlangen sie die politische Macht. Nach den bestehenden Gesetzen freilich ist die Macht durch eine sozialistische Majorität im Reichstage eine zunächst werthlose, denn nur durch Billigung des „hohen“ Bundesrathes, und in militärisch „Seiner Majestät“ des Kaisers, erlangen die Reichstagsbeschlüsse gesetzliche Wirksamkeit. Wenn z. B. der nächste neu erwählte Reichstag beschließen würde: der Arbeitstag für alle Arbeiter, welche nicht im Interesse des öffentlichen Wohles oder öffentlichen Vergnügens zu anderer Zeit zu leisten sind, dauert Wochentags von früh 7 bis Abends 5 Uhr (resp. von 6—4 Uhr) mit den je nach Schwere und Gesundheitszustand der Arbeiter abgemessenen Erholungspausen; Arbeitgeber und Arbeitnehmer, welche außer der gesetzlichen Zeit arbeiten lassen oder arbeiten, unterliegen, außer Confiscation des Arbeitsproduktes und der Arbeitsmittel, den gesetzlichen Strafen — so scheint dieser Beschluß ein Schatz im Blane, denn unser Bundesrath mit dem Reichskanzler an der Spitze braucht ihm seine Genehmigung nur zu verweigern, und unsere festgesetzte Polizei macht unsere Fabrikanten in ihrem gesetzlichen Rechte nur zu schützen. Die Möglichkeit zu diesem Verhalten von Bundesrath, Capitalisten und Polizei existirt allerdings, und sind ihnen hierbei nicht einmal die Gesetze im Wege; ob aber Bundesrath, Capitalisten und Polizei einem derartigen Majoritäts-Beschlusse die Ausführung versagen würden, das läßt sich doch erst auf die Probe an. Um die Probe zu machen, genügen freilich nicht ca. 400,000 Stimmen, wie bei der vorigen Reichstagswahl, obwohl der Umstand, daß zum Stimmen Männer gehören, die ihrer Stimme in allen Konsequenzen treu bleiben, sehr ins Gewicht fällt.

Heute sind noch die Herren Camphausen und Achenbach das Echo der Bourgeoispartei Deutschlands: „Deutschland muß lernen billiger zu produciren, der Arbeiter muß bei geringerem Lohn mehr arbeiten.“ Wohl! agitiren wir fleißig und in der rechten Weise, damit wir bald Minister erhalten, welche das Echo der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands sind, welche die Forderungen unseres Programms zu verwirklichen mit Energie in Angriff nehmen.

III. Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands hat mit Recht eine einheitliche Organisation, damit durch Congresse ein einheitliches, sich fortentwickelndes Programm festgestellt werde, damit durch die Parteibehörden und Parteipresse einheitliche Agitation und einheitliches Vorgehen in jeder Parteisache veranlaßt und vermittelt werde; diese einheitliche Organisation gestattet aber nach den zur Zeit bestehenden Gesetzen nicht eine Theilung in einzelne örtlich abgeschlossene Sectionen. Die sozialistisch gesinnten Arbeiter (das Wort im allgemeinsten Sinne, auch die sogenannten Geistesarbeiter umfassend) eines Ortes oder kleineren Bezirkes haben insofern so viel Interessen gemeinsam, daß ihnen die vorübergehende Vereinigung und Besprechung in einzelnen Volkssammlungen nicht genügen kann; es ist daher notwendig, daß ganz unabhängig von der allgemeinen Partei-Organisation Mitglieder, welche auch für örtliche Zwecke ein Interesse haben, feste örtliche Vereinigungen gründen. Diese örtlichen Organisationen werden sich am besten nach den Wahlkreisen zum Reichstage abgrenzen. Die Agitation für Durchbringung sozialistischer Candidaten ist schon, abgesehen vom schließlichen Erfolge, unter den jetzigen ungünstigen Vereins- und Pressgesetzen und bei den Bestrebungen vieler Fabrikanten, die Arbeiter von der Wahlurne fern-

zuhalten, eine Uebung und ein Gradmesser der wachsenden Macht der Sozialisten. Größere Bezirke als die Reichstagswahlbezirke zu bilden, wird wohl durchweg unpraktisch sein. Auch für Städte wie Berlin empfiehlt sich wegen der Ausdehnung der Stadt die Theilung in die entsprechenden Bezirke; kleinere Bezirke zu bilden, kann durch örtliche Verhältnisse geboten erscheinen.

Diese örtlichen Vereine werden je nach Stärke der sozialistisch gesinnten Elemente und je nach anderen örtlichen Verhältnissen ein sehr verschiedenes Aussehen gewinnen, überall werden sie den Vereinigenossen in öffentlichen und Mitglieds-Versammlungen Gelegenheit zur Agitation und zum Meinungs-austausch bieten. Außerdem werden sie an dem einen Orte Einfluß gewinnen auf die Verwaltung städtischer oder ländlicher Angelegenheiten. An anderen Orten werden sie einen Consumverein gründen; der wird freilich nicht die Arbeiternoth beseitigen, aber weshalb sollen die Arbeiter ihre Lebensmittel und sonstigen Bedürfnisse theurer bezahlen als die Leichen, welche bei größeren Einkäufen leicht 5 oder 10 pCt. Rabatt erhalten? und weshalb sollen die Arbeiter mehr als nöthig ist, Kaufleute ernähren, welche, wo sie nur können, gegen die Sozialisten auftreten? Thatsächlich giebt es bereits in Hauptorten der sozialistischen Bewegung von Sozialdemokraten gegründete und geleitete blühende Consumvereine. Am dritten Orte stellen die Vereine einen Arzt an, am vierten Orte gründen sie eine locale Zeitung, am fünften und sechsten geschieht alles zusammen und so überall das, wozu Bedürfnis und Möglichkeit vorhanden ist.

Wir fürchten nicht, daß durch solch' Streben nach kleinen Vortheilen die Agitation für die schließlich allein hilfreiche politische Organisation Schaden leide. Die sozialistischen Arbeiter tragen das Bewußtsein von dem Recht auf den vollen Arbeitsertrag viel zu lebhaft in sich, um mit den Brotsamen, die sie durch solch' örtliche Selbsthilfe erlangen können, zufrieden zu sein und ihre Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer gründlichen sozialen Reformaktion durch den freien Volksstaat wird, wie bisher, sich immer weiteren Kreisen mittheilen, und zwar um so rascher, je mannichfaltiger die Beziehungen sind, welche die Sozialisten mit den gleichgültigeren Schichten der Arbeiterwelt verknüpfen. Nothwendig ist nur, daß gerade so wie die Agitation sich hüten muß, von der gewerkschaftlichen Organisation goldene Berge zu versprechen, sie auch den gelegentlichen örtlichen Unternehmungen der Vereine von vornherein nur nebensächlichen Werth beilegen darf. Unter diesen Voraussetzungen wird uns die Mannichfaltigkeit unserer Bestrebungen nur fördern, so daß wir bei der nächsten Reichstagswahl die zehnfache Stimmenzahl haben, und für jede Stimme auch ein ganzer Mann, ein echter Sozialist mit seiner ganzen Kraft einsteht. —

### Wieder Herr Camphausen.

Gewisse in das Jahr 1874 fallende Finanzoperationen der preussischen Seehandlung (Ausleihen von Staatsgeldern an eine Privatbank ohne genügende Sicherheit — Staatshilfe für die Bourgeoisie) hatten die Oberrechnungskammer zu einer Rüge veranlaßt. Die Sache kam vor das preussische Abgeordnetenhaus und führte am 10. d. Mts. zu einer sehr lehrreichen Debatte, welche dem Finanzminister Camphausen Gelegenheit gab, sich abermals anzugeben. Die Finanzkommission des Abgeordnetenhauses brachte nachstehenden Antrag ein:

„Nachdem der Herr Finanzminister erklärt hat, daß die Unterlassung der Sicherstellung des Darlehens seitens der Seehandlung auf einem Irrthum beruht hat, und in Erwägung des Umstandes, daß es an gesetzlichen Bestimmungen über die zeitweilige zinsbare Anlegung disponibler Staatsgelder mangelt, über das Monitum der Oberrechnungskammer hinwegzugehen, dagegen die Igl. Staatsregierung wiederholt anzufragen, in der nächsten Session einen Gesetzentwurf, betr. die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Staats (Etatgesetz), dem Landtage zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen.“

Der Abgeordnete v. Kardorff, zur konservativen Grundbesitzer-Partei gehörend, ergriff das Wort, indem er seinen Tadel gegen das bisherige Ausleihen der Staatsgelder zu so unheimlich niedrigem Zinsfuß aussprach. Er erklärte: „Ich bin entschieden gegen das Fortbestehen der Seehandlung. Einen Hauptnachtheil finde ich darin, daß die Seehandlung gewissermaßen als Firma und Aushängeschild benutzt wird von gewissen Bankfirmen, um ihre Projekte durchzuführen, von denen sie dann ihrerseits einen größeren Nutzen ziehen als die Seehandlung selbst. Ein weiterer Nachtheil liegt auch darin, daß die Seehandlung gezwungen ist, als Bankinstitut Geschäfte zu machen, die sich mit der Würde eines Staatsinstituts nicht vertragen. Endlich aber meine ich, daß das Fortbestehen der Seehandlung den Geld- und Geschäftsvorkehr in einer ungerechtfertigten Weise durchkreuzt. Nachdem man die Milliarden Frankreichs erhalten hat, liegt der Handelsverkehr in einer Weise darnieder, wie nicht seit den Kriegen von 1813 und 15. Man arbeitet mit einer fortwährenden, heute noch immer wachsenden Unterbilanz (ungünstige Handelsbilanz, im Verhältnis zur Einfuhr abnehmende Ausfuhr), während Frankreich umgekehrt bei dem entgegengesetzten wirtschaftlichen System, welches es verfolgt, sich mit der größten Elasticität emporgerafft hat und das Vertrauen dort in größerem Maße wiedergeleht ist, als bei uns. Es ist dies eine Kette schwerer wissenschaftlicher Verirrungen, welche uns zu diesem Zustande geführt haben, und als deren intellektuellen Urheber betrachte ich allerdings zum Theil den Finanzminister. Dem Antrage der Commission werde ich nicht zustimmen. Ich behalte mir dagegen vor, in der nächsten Session einen Antrag auf Aufhebung der Seehandlung zu stellen, und hoffe, daß mich das Haus darin unterstützen wird.“

Der Finanzminister Camphausen erwiderte: „Der Vorredner ist der Ansicht, daß die Vergabe von Geldern, die dem Staate angehören, zu einem niedrigen Zinsfuß die ganze Bankpolitik durchkreuzen könne, und meint, daß ich bei Verathung des Bankgesetzes im Reichstage der Bank einen Vorwurf gemacht habe, der mit verdoppelter Gewalt den Staat, resp. die Seehandlung, treffen würde. Es kann sich das nur auf eine Aeußerung in meiner Rede vom 18. November v. J. beziehen, welche wörtlich also lautet: „Wir wirken darauf hin, daß die Bank selbst sich bemühe, Geld an sich zu ziehen, und nicht zu dem leichten Auktionsmittel der Notenfabrikation zu greifen. Die Möglichkeit, zu diesem Auktionsmittel stets greifen zu können, hat selbst eine so solid verwaltete Bank, wie die preussische Hauptbank, wie ich glaube, in große Irthümer geführt, so daß die Masse der ungedeckten Noten von Jahr zu Jahr in ihrem Umfange gestiegen ist.“ — Nun frage ich, ist diese Aeußerung irgendwie in einen Zusammenhang zu bringen mit der Frage, zu welchem Zinsfuß in einer gegebenen Zeit Geld herbeizuleihen ist? Bei der ganzen Verhandlung habe ich zwar nicht diejenige Solidität angestrebt, die bei der großen englischen Bank Tag für Tag geübt wird; aber doch annäherungsweise eine solche. Und, meine Herren, kommt es denn der englischen Bank jemals in den Sinn, daß man Geld nicht sollte zu

niedrigen Procenten hergeben dürfen? Auf die Behauptung, daß die Operationen der Bank im März 1872 dazu beigetragen haben, eine allzu ausgedehnte Circulation der Geldmittel herbeizuführen, will ich anführen, daß, während man jetzt allgemein der Ansicht ist, die Capitalien der Bank seien jetzt außerordentlich wenig in Anspruch genommen, in diesem Augenblicke die Bankanlage beträchtlich höher ist, als sie im März 1872 war. Der Vorredner meinte sodann, die Seehandlung theilweise sich an Gründungen und Schraube dadurch den Kurs hinauf. Wie ist denn das Verhältnis? Die Seehandlung ist ein mit großer Umsicht seit langen Jahren geleitetes Institut, das sich nur auf ganz sichere Unternehmungen einläßt. In Folge dessen sagt sich das Publikum, so bald die Seehandlung sich an einem Unternehmen betheiligt: die Sache ist eine gute und solide, die den Preis werth ist, den man verlangt. Ich bin endlich vom Vorredner als intellektueller Urheber unserer ganzen Wirtschaftspolitik bezeichnet worden, kann ich doch meinem Freunde Delbrück gegenüber nicht verantworten. — Die Vorstellung übrigens, daß etwa Deutschland allein von den Folgen der Ueberspekulation betroffen würde, die sich entwickelt hat nach dem Abschlusse des letzten Krieges, der auf lange Jahre hinaus Europa den Frieden zu sichern schien (?), die Vorstellung, daß sich diese Krisis auf Deutschland beschränkt habe, ist eine durchaus irrige. Wenn gegenwärtig Deutschlands Eisenindustrie krank, so bedarf es nur einer kurzen Reise nach Belgien und England, einer größeren nach Amerika, um sich zu überzeugen, daß man dort ganz an denselben Folgen leidet, und das ist einzig und allein die Folge der Ueberspekulation, die Folge davon, daß sich die Fabrikationsstätten darauf eingerichtet haben, mehr Waare zu erzeugen, als der Konsum bedarf. Daß Deutschland in dieser Hinsicht am meisten zu leiden habe, glaube ich nicht. Wie ist es aber möglich, daß ein Mann, der so viel im Leben sich umsieht, wie ich dies von dem Vorredner voraussetze, den Satz aufstellen kann, unsere wirtschaftlichen Verhältnisse wären mehr zerrüttet, als sie jemals seit dem Kriege von 1813 gewesen wären? Wer einen Blick für die tatsächlichen Zustände hat, kann Der denn nur einen Augenblick vergessen und die Thatsache übersehen, wie außerordentlich günstig sich die Verhältnisse für die untersten, ärmsten Schichten der Bevölkerung gestaltet haben, kann der übersehen, daß die Löhne zum Theil ganz rapid und in unverhältnismäßiger (?) Weise in die Höhe gegangen waren, daß sie seitdem allerdings einen mäßigen (!) Rückgang erlitten, daß sie sich aber jetzt auf einem Stande erhalten, den sie niemals früher gehabt haben. Ich bin der Meinung und der Ueberzeugung, daß die unterste Schicht der Bevölkerung, daß die handarbeitende Klasse in unserem Lande auf die Dauer noch niemals in einer so günstigen Lage (!!!) gewesen ist, als sie sich gegenwärtig befindet.“

Nachdem noch der Abg. v. Benda gesprochen, bemerkte hierauf nachträglich v. Kardorff: „Ich habe allerdings Bedenken getragen, mit Ausführungen über unsere gesammte wirtschaftliche Lage so spät aufzutreten; ich hielt es aber für nothwendig, vor dem Lande zu erklären, daß wenigstens einige Leute sich um diese Fragen bekümmern. Die Krisis, in der wir uns befinden, hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht, und Herr v. Benda kennt die Verhältnisse nicht genau, wenn er behauptet, ich habe mit zu düstern Farben gemalt. Ich bestreite, daß die unteren Schichten der Bevölkerung sich nie in besserer Lage befunden haben, zumal auch auf den fiskalischen Werken die Löhne herabgesetzt worden sind. Von unserer Eisenindustrie habe ich gar nicht gesprochen; ich will aber hierbei bemerken, daß unsere Textilindustrie viel mehr darniederliegt, als die Eisenindustrie.“

Damit war der Gegenstand für das Abgeordnetenhaus erledigt. Der Standpunkt des Herrn v. Kardorff ist natürlich nicht der unfruchtbar. Aber mögen seine Motive sein, welche sie wollen, darin hat er recht, daß die wirtschaftliche Lage Preussens und Deutschlands überhaupt eine höchst ungünstige ist, und daß das herrschende System hieran die Schuld trägt. Freilich nicht bloß ein Theil dieses Systems, die Freihandelspolitik, wie er vermeint, sondern das System der herrschenden Bourgeoisie-Oekonomie in seiner Gesamtheit. Jedenfalls aber hat Herr Camphausen, indem er behauptet, „die handarbeitende Klasse sei noch niemals in einer so günstigen Lage gewesen, als sie sich gegenwärtig befindet,“ eine Unwahrheit ausgesprochen, wie sie größer nicht gedacht werden kann. Und wenn wir uns ins Gedächtnis zurückrufen, daß dies dies derselbe Herr Camphausen ist, der zu Anfang des Jahres amtlich die Thatsache veröffentlichte, daß sechs und eine Viertelmillion steuerpflichtiger Preussen ein Jahres Einkommen von weniger als 140 Thalern haben, also dem Proletariat angehören, dann muß das Wort „Unwahrheit“ uns noch als zu mild erscheinen. Abgesehen von einigen „Ausrufen des Zweifels“ und dem schwachen Protest Kardorffs, nahm das Abgeordnetenhaus diese kolossale Wahrheitsverdrehung ruhig hin. Das arbeitende Volk möge es sich merken. So redet ein Vertreter der Regierung, und Solches dulden die „Vertreter des Volks“!

### Politische Uebersicht.

— Neue Steuern in Sicht; neue Reaktionsmaßregeln in Sicht; eine kleine Rebellion unter den kleinen Bundesregierungen, denen die „Herrlichkeit“ zu theuer wird und die den „genialen“ Staatsmann in der, seiner Zeit vom bösen Jörg in jener famosen Reichstagsitzung vom 4. Dezember befristeten Weise „unter Curatel“ nehmen wollten; der „geniale Staatsmann“ selbst auf unbestimmte Zeit in Urlaub, um sich von seinen neuesten Heldenthaten zu erholen und Arm in Arm mit seinem treuen Wagnere über den Urdank der Welt zu philosophiren — das ist, nebst der jüngsten Camphausenrede, über die wir an anderer Stelle berichtet, so ziemlich das Einzige, was aus dem Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte zu melden wäre — der obligaten Sabelaffären, Soldatenmißhandlungen, Soldatenelbstmorde, Polizeistücken, Dismarckbeleidigungen und sonstiger „berechtigten Eigenthümlichkeiten“ der „Dismarck'schen Schöpfung“ nicht zu erwähnen.

— Zur Brutalitätsstatistik schreibt die „Sangerhäuser Zeitung“ vom 10. d. M.:

„Sangerhausen, 9. Jani. Heute erschien in unserer Expedition ein Mädchen, um eine Aufforderung an ihre bisherige Dienstherrschaft ergehen zu lassen. Indef verschwiegen sie hartnäckig den Namen der letzteren, welche es wohl verdiente, bekannt zu werden. Wir bringen die betreffende Annonce an dieser Stelle, weil wir der Ansicht sind, daß es Angehörigen der neuerdings in erschreckender Weise überhandnehmenden geschwindigen Excesse in den niederen Bevölkerungsklassen von der übelsten Wirkung auf die Moral derselben sein muß, wenn ihnen die sogen. besseren Stände darin mit einem bösen Beispiele vorangehen. Die Aufforderung lautet:



Hierdurch fordere ich meine frühere Dienstherrschafft auf, binnen acht Tagen den ohne Grund zurückgehaltenen Lohn und mein Dienstbuch mir ausshändigen zu wollen. Ich mache darauf aufmerksam, daß ich diese Aufforderung unter Namensnennung wiederholen werde, wenn ich binnen dieser Frist nicht befriedigt sein sollte. Damit die betreffende Herrschafft nicht im Zweifel sein kann, ob sie gemeint sei, theile ich Folgendes mit: Der Herr schlug mich, als ich mir das verlegende Schimpfen der Frau verbat. Gewarnt, hatte ich mich aus Vorsicht nicht für längere Zeit vermiehet, und verließ ich den Dienst sofort, wenn auch die Frau mir meine Sachen, Lohn und Dienstbuch vorenthielt. Als ich Tags darauf wiederkam, annehmend, daß sich der Born inzwischen verliht habe, um meine Sachen zu holen, wurde ich von der Frau ohne jede Veranlassung mit den Worten abermals geschlagen: „Du hast Du von mir wenigstens auch eine.“ Auf mein Geschrei kam auch der Herr hinzu, schlug mich, warf mich zu Boden und trat mich mit Füßen auf Leib und Brust. Das Letztere geschah im Weisheit eines hiesigen Bürgers, der die Wahrheit mir gern bezeugen wird.“

Wir würden Vorstehendes nicht abgedruckt haben, hätten wir uns nicht durch Rückfrage bei dem Zeugen der Mißhandlung der Wahrheit versichert. Zeuge ist ein achtbarer Mann, der allen Glauben verdient.“

So die „Sangerhäuser Zeitung“. Was die Sache noch pikanter und lehrreicher macht, ist, daß der Held dieses Kulturkampfabenteuers im Stille Bindings, wie uns mitgetheilt wird, ein wohlbestallter Kreisgerichtsrath ist. Ein Bindung als Rechtslehrer, ein Mähdempflüger als Richter — kann man sich über unsere herrlichen Justizustände wundern?

Der Moloch. Aus Kruppamühle bei Reiltsch in Oberschlesien geht uns unter dem 24. Mai folgende Correspondenz zu:

Die Oberschlesische Actien-Gesellschaft für Fabrication von Ligno (Schiefbaumwolle) in Kruppamühle beschäftigt ca. 200 Arbeiter, wovon fast die Hälfte dem weiblichen Geschlecht angehört, und zwar bei einer täglichen Arbeitszeit von 12 Stunden. Die Lohnsätze für die Frauen sind 6 Sgr., für die Männer 10—12 Sgr. Diejenigen, welche die höchste Löhnung beziehen, müssen sich solch schädlichen Arbeitsverrichtungen unterwerfen, daß selbst der stärkste Organismus innerhalb 3 Jahren zerstört wird. Diese gesundheitschädliche Beschäftigung besteht darin, daß die betreffenden Arbeiter die Schiefbaumwolle in eine Mischung von Stidstoff und Schwefelsäure hineinlegen und, nach vollständiger Sättigung, unter die Centrifuge\*) schafften müssen. Bei dem Wegfall jeder Muskelanstrengung erscheint zwar die Arbeit als leicht und gering, aber es entwickeln sich hierbei Stidstoff und Schwefelgase in solcher Menge, daß dessen ungewohnte Arbeiter nicht eine Stunde in dieser Atmosphäre weilen können. Die Einathmung dieser gefährlichen Gasarten zieht den Verlust der Zähne, das Anschwellen des Gesichts und der Hände herbei, und hiermit zugleich treten die ersten Anzeichen der Lungenkrankheiten auf. — Wie menschenfreundlich man hier mit den Arbeitern umgeht, beweist aus jüngster Zeit folgende Thatsache: Zu der oben geschilderten Beschäftigung wurde von Seiten des Verwalters ein Schwindfuchtiger angestellt. Auf die Verstellung, daß der Kranke seine Lungen in 2—3 Tagen vollständig ruiniere, erwiderte jener Menschenfreund: „Was gehen uns seine Lungen an, das ist seine Sache.“

Derselbe Correspondent bemerkt, daß in der Umgegend von Kruppamühle bei einer Arbeitszeit von dreizehn bis vierzehn Stunden durchschnittlich der Lohn für Männer 10—12 Sgr., für Frauen 4 Sgr. beträgt.

AVIS an die Maurer und Zimmerer. Die Berliner „Volkszeitung“ schreibt:

Ueber den gegenwärtigen Stand der Bauhätigkeit in Berlin und den Mangel an Bauarbeitern kam es in der letzten Generalversammlung des Bundes der Bau-, Maurer- und Zimmermeister zu sehr lebhaften Debatten, die zu folgenden Beschlüssen führten: 1) Schritte zu thun, um von außerhalb Deutschlands weitere Arbeitskräfte heranzuziehen zur Dedung des bereits vorhandenen Mangels an solchen; 2) falls dadurch ein Ueberfluß von Gesellen erreicht werden sollte, jedem Bundesmitgliede bis zu 5 Pct. seiner Gesellen aus der Zahl dieser neu zugezogenen zu überweisen, zu deren Beschäftigung das betreffende Bundesmitglied mindestens 14 Tage lang verpflichtet sein soll.“

Und scheint, daß dem Bunde der Bau-, Maurer- und Zimmermeister nicht sowohl der „Mangel an Bauarbeitern“ als vielmehr die gehähte und gefährdete Organisation der Berliner Bauarbeiter ein Dorn im Auge ist, und daß man auf deren Sprengung stant. Wir sind überzeugt, daß von maßgebender Stelle bei Zeiten für Gegenmaßregeln gesorgt wird.

Dresden. Nach einer fast 10monatlichen Untersuchungshaft soll am 22. Juni die Hauptverhandlung im Prozeß Pehold und Genossen stattfinden, doch soll dieselbe geheim sein. Pehold ist der Majestätsbeleidigung, mehrere Bismarckbeleidigungen, der Beleidigung des preussischen Justizministers und der hiesigen Polizei angeklagt, während Kaiser bei den Bismarckbeleidigungen und der Beleidigung des preussischen Justizministers Beihilfe geleistet haben soll. Gerade bei politischen Prozeßen ist die volle Deffentlichkeit nothwendig, sie ist das einzige Korrektiv gegen einen Tendenzprozeß. Im Interesse des Staats soll es liegen, daß die Verhandlung geheim sei. Wo dieses Interesse des Staats steht, möchten wir gern erfahren. Der Prozeß hat nämlich seine Hauptursache in der Beleidigung der Kallmannade, und da soll wahrscheinlich das Interesse des Staats darin stecken, daß die Kallmannade nicht noch einmal vor die Deffentlichkeit gezogen wird.

Frankenberg. Parteigenosse F. Kahlender war bekanntlich wegen Anschlzens eines Platats zu 15 Mark Strafe oder fünf Tagen Haft (die vorläufigliche Rechnung 1 Tag = 1 Thlr.) verurtheilt worden. Kahlender hatte nicht Lust, wegen der 5 Thlr. volle 5 Tage im Gefängniß zu sitzen, da er aber das Geld zur bestimmten Zeit nicht hatte, bat er beim Rath um Verlängerung der Zahlungsrfrist. Jedoch man schien es sehr eilig zu haben, denn das Gesuch wurde abschlägig beschieden und Kahlender am 2. Juni verhaftet. So hat er nun seine 15 Reichsmark redlich abgeben müssen. Dabei hat er noch die Entdeckung gemacht, daß man im Frankenberg Stadtgefängniß ein Waschbäcken zu den ganz überflüssigen Lurnschafen rechnet; er fand kein solches vor, und als er den Wärter über diesen Mangel interpellirte, war

dieser ganz erschüttert ob der seltsamen Forderung; man solle sich über den Kübel waschen, meinte der Beamte. Und so geschah es auch, wie wir zur Charakterisirung des in Frankenberg offiziell maßgebenden Kulturgrades ausdrücklich konstatiren.

(Chemn. Fr. Presse.)

München, 9. Juni. (Sozialisten-Prozeß.) Das kgl. Bezirksgericht München l. b. J. hat heute Nachmittags in der Untersuchung gegen den Sozialdemokraten Michael Jung und 75 Genossen folgendes Urtheil publizirt: 1) Die Untersuchung gegen den Maurer Mich. Bögl wird dem Militärgerichte überwiesen, da Beklagter z. J. als Soldat im 1. Artillerie-Regiment dient. 2) 41 Arbeiter werden von der Anschuldnung eines Vergehens wider Art. 17 des Vereinsgesetzes — Affiliation mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenach) — freigesprochen. 3) Jg. Drechsler, Vorstand des Fachvereins der Maler, wird von der Anschuldnung eines Vergehens gegen Art. 14 des Vereinsgesetzes (Angehörigkeit zum Localverein der sozialdemokratischen Arbeiterpartei), ebenso 4) weitere 9 Arbeiter von der Uebertretung der Wiedererfassung eines geschlossenen Vereins freigesprochen, dagegen 5) die Schriftsetzer Maximilian Ernst und Alois Kiefer wegen Zuwiderhandlung wider Art. 17 und 21 des Vereinsgesetzes, sowie des Genossenschaftsgesetzes zu je 17 Tagen Gefängniß und 10 Thlr. Buße, Schriftsetzer Franz Ernst wegen Uebertretung und Vergehen wider Art. 14, 17 und 21 des Vereinsgesetzes zu 15 Tagen Gefängniß und 4 fl. Buße; 6) die Arbeiter Ellwanger und Gleismüller wegen Vergehens wider Art. 17 und 21 des Vereinsgesetzes zu je 12 Tagen Gefängniß; 7) Vertrauensmann Michael Jung wegen Uebertretung des Art. 14 und Vergehens wider Art. 17 des Vereinsgesetzes zu 8 Tagen Gefängniß und 7 fl. Buße; 8) Tischler L. v. Berg und Lackierer Vaccroz wegen derselben Reate zu 6 Tagen Gefängniß und 4 fl. Buße; 9) Maler Ignaz Dreßler wegen 3 Vergehens wider das Vereinsgesetz zu 6 Tagen Gefängniß; 10) Redakteur Bruno Geiser und 9 Arbeiter wegen Vergehens der Affiliation mit politischen Vereinen zu je 4 Tagen Gefängniß; 11) 13 Vorstände aufgelöster Vereine wegen eines Vergehens wider Art. 14 und 17 des Vereinsgesetzes zu 3 Tagen Haft und 4 fl. Buße; 12) Handschuhmacher S. Dehne wegen Unterschlagung von Genossenschaftsgeldern zu 3 Monaten 6 Tagen Gefängniß und wegen Zuwiderhandlung wider Art. 14 und 17 des Vereinsgesetzes zu 10 Thlr. Buße (event. 5 Tage Haft) verurtheilt; 13) jeder Verurtheilte wird zur Tragung der auf ihn treffenden Kosten verurtheilt, die Geldstrafen aber werden dem Kreisfond von Oberbayern überwiesen; endlich 14) wird die unterm 5. October 1874 beim Handelsgerichte eingetragene erste Buchdrucker-Genossenschaft ohne Anspruch auf Entschädigung gerichtlich aufgelöst. — Es sind demnach 39 Arbeiter gänzlich freigesprochen, 37 aber verschiedentlich verurtheilt worden. Die letzteren haben sämmtlich gegen das wahrhaft unerhörte Urtheil appellirt. Insbesondere ist die Verurtheilung Dehne's, dessen Vertheidigung gegen die ganz triviale Anklage der Unterschlagung wir nachstehend mittheilen, ein Hohn auf alle Justiz.

München. (Sozialistenprozeß.) Nach dem Bericht des „Zeitgeist“ vertheidigte Dehne sich wie folgt:

„In Bezug auf die mir schuldgebene Unterschlagung muß es mich zunächst bestimmen, daß von Seiten der Anklage nur Gewicht auf die belastenden Aussagen der Polizeikommissäre, aber nicht auf die meiner Frau und die meinigen gelegt wird. Es könnte, nachdem der Herr Staatsanwalt mit ganz besonderer Wärme alle belastenden Momente hervorgehoben hat, fast scheinen, als ob derselbe ein ganz besonderes Interesse daran hätte, gerade mich für möglichst lange Zeit für die sozialistische Agitation sozusagen unschädlich zu machen. Ich für meine Person glaube nun das allerdings nicht, da mir eben die Motive hierzu vollkommen unerschwinglich sind. Aus den Aussagen des Polizeikommissärs Gehret geht ganz unzweifelhaft hervor, daß hier am Orte jeder irgendwie hervorragende Socialist unter einer speziellen polizeilichen Aufsicht und Ueberwachung steht, denn nur dadurch sind die Angaben über innerste Familien- und Geschäftsangelegenheit erklärlich, die, nebenbei bemerkt, zum großen Theil durchaus unrichtig sind. Ich komme nun zu den polizeilichen Depositionen selbst. Zunächst betreffend das in meiner Wohnung aufgenommene Protokoll muß ich wiederholt konstatiren, daß der Passus, welcher besagt, daß meine Frau das fehlende Geld zu ihrer Lebensnotwendigkeit verwendet habe, von mir bei der Vernehmung vollständig falsch verstanden und deshalb auch sofort nach der richtigen Auffassung korrigirt worden ist. Wenn die Aussagen der Polizeikommissäre in dieser Beziehung anders lauten, so muß ich bemerken, daß nach meiner Auffassung unbescholtenen Leuten, wie mir und meiner Frau, doch wohl auch von Gerichtswegen eben so viel Glauben beizumessen ist, wie einem Polizeikommissär, da ja die Fälle ebenfalls schon dagewesen sind, daß auch Polizeibeamte falsche Eide geleistet haben und deshalb bestraft worden sind. Mein Parteigenosse Steinberger hat im Laufe der Verhandlung konstatirt, daß u. A. auch dem Polizeikommissär Gehret bereits von Gerichtswegen eine falsche Denunziation nachgewiesen ist, die Glaubwürdigkeit desselben also nicht über allem Zweifel erhaben dasteht. Daß überhaupt das Geld nicht ohne Weiteres sofort hingelegt wurde nach der Hausdurchsuchung, wie dies ja aus Grund des Nachweises, den ich bereits aus den Geschäftsbüchern geliefert habe, sehr leicht hätte geschehen können, lag einestheils darin, daß ich in Folge meiner Inhaftirung von dem Verthe mit der Außenwelt und meiner Frau vollständig abgeschlossen war, und andertheils in dem gespannten Verhältniß meines Compagnons Edstein zu meiner Frau. Ueber die Ursachen desselben hier nähere Aufschlüsse zu geben, halte ich für unnöthig und für die Herren Richter ziemlich uninteressant. Zu meinem Leidwesen muß ich jedoch hierbei konstatiren, wie auch Herr Kiefer gestern bereits angeführt hat, daß Edstein durchaus nicht als Freund und Parteigenosse in diesem Falle an mir gehandelt hat, indem er hier, wo es die Rettung meiner Ehre galt, in der Genossenschaftsversammlung aus falschem Ehrgeiz oder irgend welchen anderen Motiven abgelehnt hat, daß sich die betreffende Summe in seinem Geschäft befand. Es ist mir sehr unangenehm, daß ich im Interesse meiner Vertheidigung gezwungen bin, diese Thatsache öffentlich zu konstatiren, da die gegnerischen Blätter hieraus sehr leicht Capital schlagen dürften in Bezug auf die Handlungsweise verschiedener Socialisten untereinander. Daß mich meine Gesinnungsgenossen einer chlofen Handlung nicht für fähig halten, dafür dürfte auch wohl die Thatsache sprechen, daß ich kurze Zeit nach meiner Haftentlassung in der ersten größeren Arbeiterversammlung nach längerer Zeit, in welcher der Reichstagsabgeordnete Mottelet referirte, zum zweiten Vorsitzenden gewählt wurde, was jedenfalls im andern Falle nicht geschehen wäre. Wenn der Herr Staatsanwalt gesagt hat, es wäre ja zur Verhütung einer Anklage jedenfalls sehr angezeigt gewesen, falls das Geld zu jeder Zeit nach meiner Anklage im Geschäft vorhanden war, dasselbe dann sofort der Polizei einhändigen zu lassen, so muß ich hierauf bemerken, daß selbst, wenn ich durch meine Inhaftirung nicht an jeder freien Disposition gehindert gewesen wäre, es mir als Social-

demokrat niemals hätte einfallen können, die Gelder der Arbeiter der Polizei zu überliefern, sondern daß ich dieselben nur in die Hände der Genossenschaftsvorstände, als der zu ihrer Verwaltung berechtigten Organe, niedergelegt haben würde.“ Der Angeklagte geht hierauf auf einige vom Herrn Staatsanwalt angezogene Handlungen seiner Frau näher ein und rechtfertigt dieselben vom geschäftlichen Standpunkte. Ferner erklärt derselbe, daß es unwahr sei, daß sein früherer Compagnon Edstein, wie der Herr Staatsanwalt ausführt, unter Jurisdiktion seiner Möbel und Schulden sozusagen bei Nacht und Nebel „verduftet“ sei. Es sei vielmehr die frühere Firma vollständig ordnungsgemäß aufgelöst, er als Liquidator derselben eingesetzt und Edstein dann nach vollständiger Auseinandersetzung mit ihm und mit seiner Familie, und unter Mitnahme seiner sämmtlichen Habseligkeiten, bei hellem Tage wieder nach Sachsen abgereist. Unrecht sei es allerdings von demselben, daß er ihm über seinen späteren Aufenthaltsort keine Mittheilung gemacht habe, da er denselben sonst zum Zeugniß herangezogen haben würde, welches Vorgehen er sich übrigens, falls der jetzige Senat von seiner Nichtschuld noch nicht überzeugt sein sollte, für die Appellinstanz vorbehält. Der Angeklagte greift hierauf zum Schluß nochmals auf die ersten beiden Anklagepunkte zurück und bemerkt bezüglich derselben, daß es die Rechtseinheit in einer etwas wunderbaren Weise illustriert, wenn in Hunderten von Orten in Deutschland die Parteimitgliedschaften mit der ganz gleichen Organisation unangefochten von Polizei und Staatsanwalt schon jahrelang bestehen, während sie in einer Anzahl anderer Orte und hauptsächlich in großen Städten polizeilich aufgelöst und die Mitglieder bestraft werden. Es habe dies wohl darin seinen Grund, daß es eben Polizeibehörden gebe, die es für ihre Pflicht hielten, nicht nur die öffentlichen Meinungsäußerungen, sondern sogar die Gedanken und Gesinnungen der Arbeiter zu überwachen und die, sobald die Arbeiterorganisationen an einem Orte einen größeren Umfang annehmen, darin eine Gefahr für Staat und Gesellschaft erblicken und deshalb schleunigst zu ihrer Auflösung schreiten. Daß ein solches Vorgehen nicht geeignet sei, den Glauben an die sogenannte wächserne Nase des Rechts in den Herzen und Köpfen der juristisch nicht gebildeten Arbeiter zu vernichten, sei wohl zweifellos, und um die große Masse der Arbeiter nicht glauben zu machen, daß es zweierlei Recht, für die Besitzenden und Nichtbesitzenden, gäbe, sondern um vielmehr das Rechtsbewußtsein unter der großen Masse des arbeitenden Volkes zu stärken, erwartete er zuverlässlich seine und seiner Mitangeklagten Freisprechung.

Wien. Die Hausdurchsuchungen und Verhöre dauern fort. Am 30. Mai wurde in Sloggnitz Genosse Schrödl verhört und in seiner Wohnung und im Lokale des Arbeiter-Bildungsvereins nach „kompromittirenden Papieren“ gefahndet. In Fürstfeld hatten die Genossen Seiz, Kubisch und Lahnthalter Verhöre zu bestehen. In Linz wurde am 24. Mai Joh. Bed verhaftet, einige Stunden später jedoch mit Zwangsrouten in seine Heimath nach Boraalberg geschickt. In Leoben wurden Debenz und Brenner verhört, und in der Wohnung Euler's vergeblich gesucht. In Jägerndorf wurde bei Josef Reimann gesucht und nichts gefunden. Reimann wurde wegen Nichtablieferung seiner Marschrouten mit 48 Stunden Arrest bestraft. Ein Telegramm zum Congresse in Gotha wurde nicht befördert.

Aus Römerrstadt wird uns geschrieben, daß bei Josef Niedmann nicht weniger als vier Hausdurchsuchungen stattfanden. Hier handelte es sich um die Papiere Wankl's. Da jedoch solche nicht gefunden wurden, begnügte sich die fünf Mann starke Commission mit der Wegnahme seiner — Kleider (!). Auch bei Wilhelm Strauch dabeist wurde untersucht. In Brünn erhielten die Genossen Andra, Bradaček und Joh. Zacharias Besuch. Bei letzterem nahm die Polizei eine große Anzahl werthloser Papiere mit, die im Laufe des nächsten Tages wieder zurückgestellt wurden. Genosse Meisinger in Salzburg, dessen Verhaftung wir im letzten Blatte meldeten, wurde bereits freigelassen und nach dem gewöhnlichen Recepte mit einer Marschrouten nach Hause geschickt. Nachträglich wird uns aus Jägerndorf berichtet, daß dabeist auch bei Johann Böhm Durchsuchung gehalten wurde, die Verhöre nehmen kein Ende. In Triest geschah dabeist bei den Genossen Seytota und Augenmüller. Es wurden einige — mehrere Jahre alte — Briefe Tauschinski's und L. R. Zimmermann's gefunden und mitgenommen. Triumphirend rief der Polizeikommissär aus: „Man ja, wir führen keinen Schlag, wenn wir unserer Sache nicht gewiß sind!“ Dann hielt er noch eine kleine Ermahnungsrede, versicherte, daß von Seite der Polizei nichts veröffentlicht werde, und rief den Genossen, dasselbe zu thun, — welcher gute Rath indeß nicht befolgt wurde. Die „Neue Freie Presse“ läßt sich aus Prag telegraphiren: es seien in Prag und dessen Polizeirayon zahlreiche Hausdurchsuchungen bei Arbeitern vorgenommen worden. Selbstverständlich fehlen auch die „kompromittirenden Papiere“ nicht. Ob darunter wieder das Vereinsgesetz verstanden wird, wie seinerzeit bei der Verhaftung A. Schen's, ist noch nicht bekannt. („Gleichheit“.)

### Innere Partei-Angelegenheiten.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am 10. Juni die Wahl der Controllcommission in Leipzig vor sich ging und in dieselbe folgende Parteigenossen gewählt wurden: August Bebel, Theodor Burdhardt, Carl Pehold, Wilh. Kreyßmar, Paul Krey, August Schäfer, Edward Ehrlich.

Nach Schluß der Versammlung traten die Gewählten zur Constatirung zusammen und wurden hierbei gewählt: August Bebel, 1. Vorsitzender. Carl Pehold, dessen Stellvertreter. Theodor Burdhardt, 1. Schriftführer. Paul Krey, dessen Stellvertreter. Indem wir dies zur Kenntniß der Parteigenossen bringen, bemerken wir noch, daß alle für die Controllcommission bestimmten Zuschriften u. an August Bebel, Langestraße 47, zu richten sind. Hamburg, den 14. Juni 1875.

Der Vorstand der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. E. Derossi, J. Auer, große Rosenstraße 36, II.

### Gewerkschaftliches.

#### Allgemeiner deutscher Töpferverein.

Biesbaden. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß sich der Vorstand constituirt hat. Zum Hauptassistenten wurde gewählt Reinhold Bollschweiler, Schwabacherstraße 11, an den alle Gelder einzuschicken sind; zum zweiten Vorsitzenden Carl Eickmann, Bleichstraße 11; zu Beisitzern: Wilh. Rabor, Jos. Käfer, Heint. Dswald, R. Roth, R. Herborn, Ph. Kaul. Ich bitte, um der Vorortverwaltung ihre Aufgabe zu erleichtern, sich an die bestimmten Adressen zu halten. Sendungen, die nicht an den

\*) Eine mechanische Vorrichtung zum Trocknen verschiedener Körper; Trockenmaschine.



Hauptcaßtrez adressirt sind, finden keine Berücksichtigung. Die Revisoren werden laut Generalversammlung-Beschluß nicht mehr am Borort gewählt, sondern in den nächstgelegenen Städten, wo sich Mitglieder befinden. Das Nähere durch das Protokoll.

Werthe Collegen, wieder ist ein Jahr verstrichen, ohne daß wir sagen könnten, wir wären vorwärts gekommen; und das aussprechen zu müssen, ist sehr traurig. An alle diejenigen von Euch, die in der Organisation sind, richte ich die Mahnung: Rafft Euch auf, schüttelt Eure Schläflichkeit ab, zeigt, daß Ihr Männer seid! Legt den Schlendrian bei Seite, von dem ihr noch beduñelt seid, nämlich den Kasiengeist, der noch herrscht zwischen Seher und Werkstattarbeiter, denn wir sind gleiche Lohnsklaven, und sucht diejenigen herbeizuziehen, die uns noch fernstehen!

Ferner bitte ich, an jedem Orte, wo sich Mitglieder unseres Vereins befinden, Bevollmächtigte vorzuschlagen und dieselben anzumelden, und bitte zugleich, daß ein jedes Mitglied es sich zur Pflicht macht, das Protokoll zum Kostenpreis zu beziehen, indem die Beschlüsse der Generalversammlung für die Mitglieder bindend sind.

Mit collegialischem Gruß!

Joseph Schweis, erster Vorsitzender.  
Karlstraße 28, Wiesbaden.

### Metallarbeitergewerkschaftsgenossenschaft.

**Braunschweig.** Gewerkschaftsgenossen! Generalversammlung und Geschäfts-Konferenz sind vorüber! Sowohl diese als jene haben uns Verpflichtungen auferlegt, welche wir, sofern uns an einem Ausblühen und Gedeihen der Gewerkschaft, ja an der Bessergestaltung unserer eigenen Verhältnisse ernstlich gelegen ist, gewissenhaft erfüllen müssen.

Da nun die Protokolle der Generalversammlung, welche bekanntlich am 17., 18. und 19. Mai in Mannheim tagte, noch nicht zum Versenden fertig sind, die auf derselben gefassten Beschlüsse jedoch schon am 1. Juli in Kraft treten sollen, so machen wir schon hierdurch die Mitglieder mit den wesentlichsten Beschlüssen bekannt:

1) Der § 3 unserer Statuten erhält die Fassung, wie sie als Antrag veröffentlicht wurde; die wöchentliche Steuer ist auf 18 Pf. festgesetzt und müssen die Mitgliedschaften von ihrer Gesamt-Einnahme monatlich nebst Abrechnung 2/3 an die Hauptkassse absenden.

2) Das Organ „Union“ ist auch fernerhin obligatorisch und wird aus der Hauptkassse bezahlt.

3) § 8 der Statuten wird gestrichen, und § 7 erhält folgenden Zusatz: Ferner ist der Ausschuß verpflichtet, möglichst schnell den Mitgliedern die Motive zur Ausschreibung einer Extrasteuer zur Kenntnis zu bringen.

4) Zu § 29: Als Beitrag zu den Beerdigungskosten erhalten die Hinterbliebenen, sobald das Mitglied 1 Jahr der Gewerkschaft angehört, 36 Mk.

5) Der Krankenkassse wird eine Sterbekassse beigelegt, und wurden die Statuten in diesem Sinne festgestellt.

6) Die Verwaltungsbehörden der Gewerkschafts- und Krankenkassse verbleiben an den nämlichen Orten, mit Ausnahme der Kontrollkommission der Krankenkassse, welche von Chemnitz nach Leipzig verlegt wird.

Auf der Generalversammlung vertreten waren 28 Orte durch 18 Delegirte.

Da die wesentlichsten Beschlüsse der Gewerkschafts-Konferenz bereits veröffentlicht sind, die Ausführung derselben auch in erster Linie der Verwaltung zukommt, so knüpfen wir hieran nur den Wunsch, daß die Einigung auch unter den Metallarbeitern mit aller Energie betrieben werde, und daß Jeder derselben sich die Beschlüsse des hannoverschen Congresses ins Gedächtnis zurückrufe! Gleichzeitig ersuchen wir die Bevollmächtigten um baldigen Bericht über die statutengemäße Neuwahl der Localbeamten sowie um genaue Angabe der Bekehrtslocale, da auch solche veröffentlicht werden sollen.

Mitgliedschaften, welche mit Abrechnungen und Abonnementsgeldern der „Union“ resigniren, wollen selbige baldigst einsenden, widrigenfalls in der „Union“ gemahnt wird.

Für die Bororts-Verwaltung.  
J. K.: E. Schubert.

### Gewerkschaftsgenossenschaft der Maurer und Zimmerer.

**Braunschweig, 18. Juni.** Gewerkschaftsgenossen! Hiermit machen wir Euch bekannt, daß unsere diesjährige Generalversammlung den 11. Juli und die darauffolgenden Tage in Hamburg stattfindet. Es wird Euch bekannt sein, daß bezüglich der Vereinigung auf gemeinschaftlichem Gebiete bereits zu Ostern eine Konferenz der verschiedenen Gewerkschaften resp. deren Vertreter in Hamburg tagte. Diese Konferenz beschloß, nochmals alle bis jetzt organisirten Gewerkschaften, sowie auch die hiesig existirenden Fachvereine zu einer allgemeinen Gewerkschafts-Konferenz nach Gotha einzuberufen. Diese tagte nun am 27. und 28. Mai. Es waren dort Delegirte der Gewerkschaften beider Richtungen zahlreich vertreten und alle ohne Ausnahme bestürmten die Vereinigung. Das Nähere darüber sagt Euch das Protokoll der Konferenz. Unterzeichneter Vertreter der Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer verständigte sich mit dem Vertreter des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauer-Bundes, nach Vergleichung der beiderseitigen Statuten, dahin, unsere diesjährigen Generalversammlungen zu gleicher Zeit und an einem Orte abzuhalten. Es wurde erst Braunschweig vorgeschlagen; da aber schon der Allgemeine deutsche Maurer- und Steinhauer-Bund seine Generalversammlung nach Hamburg ausgeführt hatte, und er zudem seine meisten Mitgliedschaften in Mecklenburg und noch weiter entfernt hat, so wurde Hamburg angenommen. Damit nun aber unsere weit entlegenen Orte betrefß der Delegirten-Sendung nicht geschädigt werden, so verpflichtete sich der Ausschuß des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauer-Bundes, unsern Delegirten die Reisekosten für alle Entfernungen über 30 Meilen zu vergüten. Genossen, diese vorstehenden provisorischen Abmachungen zwischen den beiden Vertretern sind nun auch von dem Ausschuß jenseits, sowie von der Borortsverwaltung unsererseits akzeptirt, und legen wir Euch dieses als definitiven Beschluß vor. Wir sind überzeugt, Ihr werdet mit uns einverstanden sein und die Vereinigung der deutschen Maurer sowie der Bauhandwerker überhaupt mit Freuden begrüßen, zumal in dieser Zeit, wo die Baugewerksmeister überall Baugewerksvereine gründen, und sich über ganz Deutschland organisiren. Welche famosen Beschlüsse dieselben gefast haben, ist Euch genügend durch die „Union“ bekannt. Darum Genossen, auf zur Generalversammlung! Ein jeder Ort muß einen Delegirten senden, dann werden wir schon auf dieser Generalversammlung, daß wir gewiß, eine vollständige Vereinigung der Maurer sowie der Zimmerer Deutschlands herstellen. Wahnsinn wäre es, wollten wir ferner noch die Männer eines Arbeitszweigs getheilt oder gar einander beschendend vorgehen. Der Verband

deutscher Baugewerksmeister will in geschlossenen Reihen kampferüstet dastehen, laut seinem Organ, der „Baugewerkszeitung“. Darum Genossen, schafft ein Bollwerk, damit wir den Kampf jederzeit aufnehmen können. Die Beschlüsse der Generalversammlung werden in der Weise geregelt, daß der 11. Juli (also ein Sonntag) zum Reisen benützt wird; Sonntag Abend muß jeder Delegirte zur Stelle sein. Es werden dann zunächst die Generalversammlungen getrennt abgehalten, und nach deren Geschäfts-Erledigung wird in die Vereinigungs-Angelegenheit eingetreten. Es ist dann auch unsere Aufgabe, den Zimmerern, welche jetzt zu uns gehören, dort eine selbstständige Organisation zu schaffen, weil durch Beschluß der Gothaer Konferenz die einzelnen Fachgewerbe für sich organisirt werden sollen. Es ist nun auch bereits ein neuer Zimmererverein, unter möglichster Berücksichtigung unseres Statuts, in Berlin gegründet; in diesen, wenn möglich, unsere Zimmerer als vollberechtigte Mitglieder überzuführen, ist ebenfalls Aufgabe der Generalversammlung. Noch fordern wir alle Fachvereine dieser Corporationen, sowie solche Orte, welche noch ohne irgend welche Organisation dastehen, auf, sich durch Delegirte vertreten zu lassen, denn auch Eure Aufgabe ist es, an dem gemeinsamen Kampfe Theil zu nehmen, und nicht länger müßig zuzusehen oder gar, wie schon öfter geschehen, und noch zu bekämpfen. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1) Wahl des Bureaus und Prüfung der Mandate. 2) Bericht des Geschäftsführers über den Stand der Gewerkschaft. 3) Rechenschaftsbericht der Gewerkschaft und der Krankenkassse. 4) Berathung über die Vereinigung. 5) Das Organ und die Agitation. 6) Wahl des Bororts und der Verwaltung.

Alle sonstigen Anträge, welche auf die Tagesordnung kommen sollen, möge man bald an uns gelangen lassen.

Angabe des Lokals, in welchem die Generalversammlung stattfindet und sonstige Bestimmungen folgen später. Mit Gruß für die Verwaltung:

J. Kiele, Schöppenstedterstraße 50, Geschäftsführer.

### Correspondenzen.

**Danzig, 6. Juni.** Vorgestern fand die zweite Versammlung des hiesigen sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Dorowsky und Schlempe referirten sehr eingehend über das auf der Tagesordnung befindliche Thema: „Unsere Ziele“. Einige Mitglieder traten dem Verein bei. Wir haben vor Kurzem die Gründung des hiesigen sozialdemokratischen Wahlvereins im „Neuen Sozialdemokrat“ und im „Volksstaat“ angekündigt und bemerkt, daß der erste Schritt zur Förderung der sozialistischen Idee in Danzig der Hirsch-Dunderschen Partei, die sich hier als allein seligmachend proklamirte, zum Schreden und Verdruß gereichen wird. Daß wir zu dieser Annahme berechtigt waren, beweist ein hochkalter Angriff in dem hiesigen Local-Blättchen der Hirsch-Dunderschen Partei. Dadurch, daß der Verfasser sich unseren Bemerkungen gegenüber gleichgiltig stellt, sucht er sein Gift nur wirksamer zu machen. Beiläufig ist das bereits der zweite Angriff von dieser Seite; der erste erschien bereits vor jener unserer Ankündigung. Der würdige Ableger des würdigen Dunders-Blattes sucht uns durch Hinweis auf die vorläufig geringe Anzahl unserer Mitglieder lächerlich zu machen, ja selbst sogar etwas von „7 Mitgliedern“, wirft uns vor, daß unsere Versammlungen hinter verschlossenen Thüren stattfinden und ertheilt uns schließlich den Rath, „häßlich scheiden zu sein und den Mund nicht voll zu nehmen“.

Es hieße der Würde unserer Sache Abbruch thun, wollten wir uns mit einem Blatte von dem Caliber der „Danziger Volkszeitung“ in eine ernsthafte Polemik einlassen. Es wäre das zu viel Ehre für ein Blatt, welches, abgesehen von seiner politischen und sonstigen Jämmerlichkeit sich nebenher mit allerlei Privat- und Familien-Rathsch abgibt, um Abonnenten zu fördern und wer weiß, in noch welcher anderer Absicht. Wir werden also von nun an ein derartiges, mit handwerksmäßiger Routine vorgebrachtes Geschwätz mit der gebührenden Achtung behandeln, das heißt ignoriren und nur noch grobe Entstellungen von Thatsachen berücksichtigen.

Der Herr Verfasser der bewußten Notizen möge sich zu seiner Beruhigung sagen lassen, daß es lediglich von den Männern, die den ersten Impuls zur Gründung des Vereins gaben, abhing, die vier- bis fünfjährige Mitgliederzahl so gleich „zusammenzubringen“, daß sie es jedoch für besser hielten, besonders anfangs, nur tüchtige, geprüfte Gesinnungsgenossen zuzuziehen. Käme es uns auf die Kopfzahl an, so könnten wir statt 22 leicht 100 Mitglieder haben. Die erste Versammlung war lediglich eine Vorbereitungs-, wurde jedoch nicht „hinter verschlossenen Thüren“ abgehalten, wie der gute „Volks-Zeitungs“-Aus- und Zuschneider sich ausdrückt, der alle anderen Parteien nach seiner eigenen Beurtheilung. Der brave Mann hätte es sich also ersparen können, uns Bescheidenheit zu empfehlen; im Munde einer Partei, deren bloßes Bestehen schon eine Umarmung, ein Verstoß gegen den gesunden Menschenverstand und gegen alle Logik ist, klingt ein solcher Rathschlag gar zu postfalsch und hat auch der „Volkszeitungs“-Schreiber in volstem Maße die Wirkung erzielt, und herzlich zu amüsiren. Im Auftrage:  
J. Dorowsky, Vorsitzender.

**Barmen.** Zur Beachtung! Die Parteigenossen in nachstehenden Orten werden ersucht, in folgender Reihenfolge, behufs Ausbreitung der sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Volksversammlungen anzubereiten:

Freitag 18. Juni in Düsseldorf, Samstag 19. Juni in Mühlheim a./Rhein, Sonntag 20. Juni in Aachen, Montag 21. Juni in M.-Gladbach, Dienstag 22. Juni in Sülzstein, Mittwoch 23. Juni in Kempen, Donnerstag 24. Juni in Erefeld, Freitag 25. Juni in Duisburg, Samstag 26. Juni in Mühlheim a. d. Ruhr, Sonntag 27. Juni in Selsenkirchen, Montag 28. Juni in Bochum, Dienstag 29. Juni in Witten, Mittwoch 30. Juni in Herbede, Donnerstag 1. Juli in Hagen.

Die Parteileiter an den einzelnen Orten bitte ich dafür Sorge zu tragen, daß die Versammlungen pünktlich einberufen und durch öffentliche Anzeigen zur Kenntniß der Arbeiter gebracht werden. Sollten an dem einen oder andern Orte sich keine Parteigenossen befinden, so werden die Parteigenossen der nächstliegenden Orte ersucht, die Versammlung zu arrangiren.

Vor allem aber bitte ich, mir aus all' den genannten Orten sofort Nachricht zukommen zu lassen, ob die Versammlungen stattfinden können.

Und nun, Parteigenossen, thue Jeder seine Pflicht, dann werden wir mit vereinter Kraft in kürzester Zeit unsern Segnern den Beweis von dem „Rückgange“ der Socialdemokratie liefern.

Mit socialdemokratischem Gruß  
E. J. Ruhl, Gewerkschaftstr. 98.

\*) Kam für die Mittwochnummer zu spät, die bei Abendung des Higen bereits gedruckt war. Der „Volksstaat“ wird 2 Tage vor dem an der Spitze der Nummer angegebene Datum gedruckt. Red. d. S.

### Briefkasten

der Redaktion: A. Schw. in Hamburg: Das Besuch ist leider noch zu schreiben. Lesen Sie das Protokoll des vorjährigen Coburger Congresses. — A. S.: Wenn Ihnen die Kriegsartikel vorlesen sind; nein; wenn nicht, ja. Knollmann Hannover: Aufruf für diese Nummer zu spät.

der Expedition: B. Binshu Altona Ann. 1.50. Bil hier Ann. 1.00. Krug hier Ann. 0.60. Jenz Jägerdorf Schr. 6.00. Kün. Wandsbeck Ann. 0.60. Ark. Bahrdorff Düsseldorf Ann. 0.50. Mär hier Schr. 0.81. Mär Mannheim Ab. 32.55. Schr. 7.46. Schmitz Uelzen Schr. 3.20. Sdch hier Ab. 6.00. Wuhl hier Ab. 0.55. Küt Apolda Schr. 1.16. Knst hier Ann. 0.80. Tiffi Hamburg Ann. 0.60.

### Genossenschaftsbuchdruckerei.

Anteilscheine bez. Antheilsentgeltungen ertheilen ferner in Hamburg: B. S. 3.00. C. D. 3.00. S. S. 3.00. Eßlingen A. M. 6.00. B. M. 6.00. W. D. 6.00. F. R. 6.00. W. R. 6.00.

### Anzeigen etc.

**Augsburg** Samstag, den 19. Juni, Abends 8 Uhr: **Versammlung** der hiesigen Sozialdemokraten bei Bierbrauer Lindner, Poststr. 40. G. Stalberg. [40]

Sonntag, den 20. Juni allgemeine Beilegung am Arbeiterfeste zu Lechhausen. Zusammenkunft Nachmittags 2 Uhr bei Egenberger am Jakobsthor. Die Kadne wird erst außerhalb des städtischen Gebietes entkält, um die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht zu gefährden. [125]

Montag Abend zur Nachfeier gefellige Unterhaltung bei Holzbau im Garten; bei unglücklicher Witterung im Salon. [50]

**Barmen** Samstag, 19. Juni, Abends 8 Uhr: **Versammlung** sammtlicher Abonnenten des neuen „Social-Demokrat“ und des „Volksstaat“ bei Berger. Tagesordnung: Bildung einer neuen Zeitungscommission. Kein Abonnent darf fehlen. Ruhl. [60]

**Berlin** „Concordia.“ Verein für gefellige Unterhaltung. Sonnabend, den 19. Juni, Abends 8 Uhr: **Großes Sommernachts-Fest**, verbunden mit theatralisch-bellamatorischer Abendunterhaltung, Concert und Ball in Königsbau, große Frankfurterstr. 117. Billets à 35 Pf. sind im Cigarrengeschäft der Productivgenossenschaft, Langestr. 81 und an den bekannten Stellen zu haben. Rassenp. 50 Pf. Freunde und Genossen sind hierdurch zu zahlreichem Besuch eingeladen. Der Ertrag ist für Vereinszwecke bestimmt. Der Vorstand. J. K.: Bernstein. [250]

**Berlin** Sonntag, den 20. Juni, Vormittags halb 11 Uhr: **Große Volksversammlung**, Sophienstr. 15. Tagesordnung: Die Organisation der Socialisten Berlins. Wahl einer Commission zur Berathung des Statuts. Alle Arbeiter Berlins werden aufgefordert, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Socialisten Berlins müssen anwesend sein. [90]

**Düsseldorf** Arbeiter Wahlverein. Sonnabend, den 19. Juni, Abends halb 9 Uhr bei Herrn Worrigen am Wehrhahn: **Geschlossene Mitgliederversammlung**. Tagesordnung: Abrechnung. Wahl einer Zeitungs-Commission. Der Vorstand. [70]

**Gohlis** Arbeiterverein. Die Theilnehmer am dem Sonntag, den 20. Juni, stattfindenden Ausflug nach Rauschhof versammeln sich Mittags 11 Uhr, im Vereinslokal (Rauschhof). Abmarsch nach dem Leipzig-Dresdner Bahnhof punkt halb 12 Uhr. — Montag, Versammlung. [125]

**Hamburg** Verband der Klempner und verwandter Berufsgegnossen. Sonnabend, 19. Juni, Abends halb 9 Uhr präcise, Schoppensteil 22: **Geschlossene Mitgliederversammlung**. Tagesordnung: Wichtige Vereinsangelegenheiten. L. Staffel, Bro. [50]

**Hamburg** Freitag, den 18. Juni, Abends halb 9 Uhr in Tüchtig Salon, Valentinstamp 41: **Mitgliederversammlung** der socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Tagesordnung: Wahl der Local-Beamten und Festsetzung des Beitrags für Hamburg; die früheren Mitgliedskarten legitimiren. Köster. Peter. [70]

**Leipzig** Gewerkschaft der Metallarbeiter. Montag, den 21. d. M. B e r s a m m l u n g bei Fröhlig, Nicolaisstraße 28. — Tagesordn.: 1) Sozialer Wochenbericht von Leipzd. 2) Fragelasten. [40]

**Leipzig** Allgemeiner deutscher Schneiderverein. Montag, den 21. Juni, Abends 8 Uhr: **Versammlung** bei Jakob. Bergrstr. 13, gold. Ann. — Tagesordnung: 1) Wo soll die General-Versammlung stattfinden? 2) Gewerkschafts-Konferenz in Gotha. 3) Urauswahlung der Krankenkassen-Mitglieder, ob Erhöhung der Steuern oder nicht. 4) Verschiedenes. Fragelasten. Aufnahme neuer Mitglieder an jedem Vereinsabend. — Bitte ferns willkommen. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. D. S. [100]

**Mainz** den „Volksstaat“-Abonnenten von Mainz und Umgebung zur Nachricht, daß ich Monats-Abonnements entgegennehme und für pünktliche und reelle Besorgung garantire. Seb. Barth, Geiselbergstraße 7, Hinterhaus 4 Tr. [40]

**Wandsbeck** Socialdemokratischer Arbeiter-Verein. Dienstag, den 22. Juni, Abends halb 9 Uhr: **Geschlossene Mitgliederversammlung**. Tagesordnung: Auflösung des Vereins und Verschiedenes. Der Borl. J. Köhn. [60]

**Waltergehilfen** (D. 2407) sucht G. Erbe, Schwalbacher Straße 22, Wiesbaden. [100]

Parteigenosse de Baque, Tischler, früher hier, nachher in der Schweiz, wird freundlich gebeten, an mich seine jetzige Adresse einzusenden. Ein a. K. G. Heinrich, gr. Brickenmarkt 47. [100]

**Neu!** Im Verlag von Aug. Bergmann, Barmen, **Neu!** Die sammtlichen Reichstagsabgeordneten der Socialistisch en Arbeiterpartei Deutschlands, nebst Vorkasse, in Groß-Format. Preis eines Exemplars in elegantem Rahmen Reichsmark 4.00 ohne Rahmen 1.50 per Dgd. 14.40 Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Bestellungen nimmt entgegen der Verleger sowie E. J. Ruhl, Gewerkschaftstr. 98. [250]

Verantwortlicher Redacteur: G. Rindl. Redaktion Hofstr. 4, Expedition Zeitungsstr. 44, in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.